

Unsere Heimat.

Im Herzen Europas.

73. Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg



Beschlüsse des 73. Landesparteitages

Reform der Grundsteuer

Die CDU Baden-Württemberg fordert für die Reform der Grundsteuer ein Bundesgesetz mit transparenten und einfachen Kriterien einerseits sowie zur Stärkung des Föderalismus einen Freigabebeschluss für eigene Ländergesetze andererseits. Damit ermöglichen wir praktikable Anwendbarkeit und föderale Vielfalt.

In der Konsequenz setzen wir uns dafür ein, dass das Land Baden-Württemberg von der „Öffnungsklausel“ Gebrauch macht und ein eigenes Landesgesetz erlässt. So stärken wir Föderalismus und Subsidiarität und können eine für unser Land passende Regelung umsetzen. Das ist die richtige Antwort auf regionale Unterschiede in Deutschland - etwa zwischen Flächenländern und „Stadtstaaten“.

Die Reform muss die kommunale Selbstverwaltung stärken. Deshalb muss das kommunale Hebesatzrecht beibehalten werden und die Einnahmen der Kommunen aus der Grundsteuer müssen in gleichbleibender Höhe gesichert werden. Zudem muss die Reform auch dazu genutzt werden, um den einzelnen Kommunen grundsätzlich eine individuelle Möglichkeit zur Differenzierung der Steuer für bebaute und unbebaute Grundstücke einzuräumen (Grundsteuer C), um die Aktivierung von Baulücken für die Wohnbebauung innerorts zu unterstützen.

Wohnen darf nicht noch weiter verteuert werden. Steuererhöhungen lehnen wir deshalb entschieden ab, es darf keine neuen Belastungen für Wohnen und Bauen geben. Zudem darf keine unnötige Bürokratie entstehen. Das sind unsere Leitlinien sowohl für die bundesgesetzliche Regelung als auch für das auf dessen Grundlage zu erlassende Landesgesetz.

Anhebung der Grenze für geringfügige Beschäftigungen auf 600,00 EUR

Die CDU Baden-Württemberg wird bei der CDU Deutschlands beantragen und einfordern, dass die Grenze für geringfügige Beschäftigungen von aktuell 450,00 EUR auf 600,00 EUR angehoben wird.

Digitale Antragsdatenbank in der CDU

Die CDU Baden-Württemberg fordert den Bundesverband auf, eine digitale Antragsdatenbank einzurichten und deren Nutzung allen Gliederungen der Partei kostenlos anzubieten.

Mittels dieser Datenbank sollen die CDU-Mitglieder den Erfolg beziehungsweise den jeweils aktuellen Bearbeitungsstand von Anträgen, die beschlossen oder an andere Gremien (Vorstand, Arbeitskreis, etc.) verwiesen wurden, jederzeit online abfragen können.

Dieses Datenbank-System soll zum nächstmöglichen Zeitpunkt, spätestens jedoch zum 1.1.2021 ab der Kreisebene aufwärts für alle CDU-Ebenen und Gliederungen angeboten werden.

Die CDU Baden-Württemberg beantragt bei sämtlichen höheren Gliederungen die verbindliche Einrichtung dieser Datenbank.

Meisterbonus in Höhe 1.500 EUR einführen

Die CDU Baden-Württemberg unterstützt die CDU-Landtagsfraktion in Ihrem Vorhaben, auf Landesebene einen Meisterbonus von EUR 1.500 einzuführen

Sachbezugskarten erhalten

Die CDU Baden-Württemberg fordert die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag auf, entgegen den Vorschlägen von Bundesfinanzminister Olaf Scholz § 8 Absatz 2 Satz 11 EStG nicht abzuschaffen und Sachbezugskarten zu erhalten.

Stärkung des Bildungsföderalismus

Der CDU-Landesverband Baden-Württemberg fordert eine Stärkung des Bildungsföderalismus.

Vergleichbarkeit der Abiturnoten

Die CDU Baden-Württemberg unterstützt das Bestreben der Kultusministerkonferenz, zu einer besseren Vergleichbarkeit der Abiturnoten in Deutschland zu gelangen.

Kinderbetreuungskosten in deutlich höherem Maße als bisher, möglichst bis zu 100% steuerlich absetzbar

Der CDU-Landesverband Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass die Kinderbetreuungskosten in deutlich höherem Maße als bisher, möglichst bis zu 100% steuerlich absetzbar werden.

Implementierung der Kronzeugenregelung im Kampf gegen Doping

Der CDU-Landesverband Baden-Württemberg setzt sich für die Einführung einer Kronzeugenregelung im Anti-Doping-Gesetz ein, um effektiver gegen die Täter im Sport vorgehen zu können.

Thema Klimawandel

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt, dass das Thema Klimawandel im Wahlprogramm von CDU und CSU zur Europawahl prominent behandelt wird und erwartet, dass dieser Weg in weiteren Programmen konsequent weitergegangen wird.

Finanzierung der Pflegeversicherung

Die Bundesregierung wird aufgefordert, für die Pflegeversicherung eine neue Finanzierungssystematik zu entwickeln.

Keine politische Festlegung auf eine Antriebsart für Kraftfahrzeuge

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich auf Bundes- und europäischer Ebene dafür ein, dass Forschung und Entwicklung von Antriebstechnologien für Kraftfahrzeuge aller Art durch die Politik nicht ausschließlich auf die E-Mobilität beschränkt werden.

Sie wird insbesondere von Automobilkonzernen und -zulieferern einfordern, auch alternative Antriebsformen zur E-Mobilität zur Marktreife zu entwickeln und entsprechende Forschungsprogramme mit staatlichen Maßnahmen (u.a. Fördermitteln) unterstützen.

Betriebsrenten

Die CDU/CSU Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, den Beschluss des CDU Bundesparteitags vom 07.12.2018 zur Halbierung des Krankenversicherungsbeitrags bei Betriebsrenten umzusetzen.

Call-Center-Betrug

Die Landesregierung und der Landtag von Baden-Württemberg werden aufgefordert, ein landesweites Präventionsprogramm aufzulegen, um die Bevölkerung vor Call-Center-Betrug besser schützen zu können.

Intensivierung der Alzheimer Forschung

Die CDU Baden-Württemberg fordert eine Aufstockung der Bundesmittel zur Bekämpfung der Alzheimer-Krankheit. Die Grundlagenforschung, die Prävention und neue Behandlungsmöglichkeiten müssen dringend besser finanziert werden. Dadurch soll nicht nur den betroffenen Patienten geholfen werden, sondern es werden auch die pflegenden Angehörigen entlastet. Mittelfristig können sich zudem positive Effekte bei den Kranken- und Pflegekassen einstellen.

Betriebskosten Kinderhort

Die CDU Baden-Württemberg fordert im Zuge der Diskussion um die Einführung der Ganztageschule, dass Bund und Länder den Kommunen nicht nur das Geld für die Ganztageschule, sondern auch Zuschüsse für den Betrieb des Hortes zur Verfügung stellen, weil die CDU für Wahlfreiheit steht.

Landarztstipendien der Baden-Württemberg-Stiftung

Die CDU Baden-Württemberg fordert, dass die Baden-Württemberg Stiftung Stipendien an Studentinnen und Studenten des Fachs Medizin auslobt, die sich dafür verpflichten, nach erfolgreichem Studium mindestens fünf Jahre als „Landärzte“ zu arbeiten.

Ahndung von Ordnungswidrigkeiten

Die CDU Baden-Württemberg fordert den Gesetzgeber auf, im Bereich des Ordnungswidrigkeitenrechts für den Fall der Uneinbringlichkeit von Bußgeldern regelmäßig die Ableistung von Sozialstunden und Erziehungshaft vorzusehen.

WLAN im ÖPNV

Die CDU Baden-Württemberg fordert, dass ab 2020 im Bereich des ÖPNV nur noch mit kostenlosem WLAN ausgestattete Busse und Züge bei Neuanschaffung gefördert werden.

Retter und Beschützer wertschätzen

Die CDU Baden-Württemberg erklärt ihre Anerkennung, ihren Respekt und Dank für die Frauen und Männer in Sicherheitsbehörden wie auch Polizei, Feuerwehr, den Rettungsdiensten, in Katastrophen- und Bevölkerungsschutz und der Bundeswehr. Gewaltsame Übergriffe auf die Retter und Beschützer verurteilen wir.

Wir wollen die bestehenden Kontakte zu „Blaulicht-Organisationen“ und zur Bundeswehr deutlich intensivieren. Wir wollen deren Arbeit und Einsatz in der Öffentlichkeit deutlicher hervorheben und eine Verbesserung der gesellschaftlichen Anerkennung erreichen. Insbesondere gehört hierzu die Sorge für die Einsatzveteranen der Bundeswehr.

Gedenkstätten Pflichtbesuche für Schülerinnen und Schüler

Die CDU Baden-Württemberg begrüßt den Plan von Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann, den Besuch von Gedenkstätten für Opfer nationalsozialistischer Verbrechen zum verpflichtenden Teil des Unterrichts an baden-württembergischen Schulen zu machen. Es ist unerlässlich, dass jeder, der eine baden-württembergische Schule verlässt, informiert ist und über die Verbrechen des NS-Regimes Bescheid weiß.

Zugleich regt die CDU Baden-Württemberg an, dass in diesem Plan die Erinnerungsstätten von Krieg, Flucht, Vertreibung und DDR-Unrecht gleichgestellt werden.

Impfpflicht bei Kindergarten- und Kitabesuch

Die CDU Baden-Württemberg fordert die Landesregierung auf, eine allgemeine Impfpflicht für Diphtherie, Masern, Keuchhusten und andere von der Ständigen Impfkommision (STIKO) empfohlene Krankheiten für Kindertagesstätten und Kindergärten einzuführen. Um dies zu gewährleisten, sollen Eltern bei Anmeldung ihrer Kinder in Kita oder Kindergarten einen Impfnachweis ihrer Kinder verpflichtend vorlegen müssen. Kinder ohne Impfnachweis dürfen nicht aufgenommen werden, es sei denn, die Eltern können ein entsprechendes ärztliches Attest vorlegen, welches nachweist, dass eine Impfung die Gesundheit des Kindes gefährden würde. Kinder, die bereits ab der Krippe die Einrichtungen besuchen, sollen zum altersgemäß medizinisch empfohlenen Zeitpunkt geimpft werden; dies ist von den Einrichtungen zu überprüfen.

Den Kinder- und Jugendärzten fällt die Aufgabe zu, in regelmäßigen Abständen den Impfstatus der von ihnen behandelten Kinder und Jugendlichen zu prüfen und die Eltern gegebenenfalls aufzufordern, ihn erneuern zu lassen.

Verkehrskonzept für die Region Stuttgart

Die CDU Baden-Württemberg fordert die Landesregierung und insbesondere den Verkehrsminister auf, unter Berücksichtigung des Regionalverkehrsplans ein Verkehrskonzept für die Region Stuttgart zu entwickeln und bis Ende des Jahres vorzulegen. Dabei sind die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags umzusetzen.

Landesgedenktag für Opfer von Flucht und Vertreibung

Die CDU Baden-Württemberg fordert die Einführung eines landesweiten Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Baden-Württemberg und diesen mit dem Tag der Heimat zu verknüpfen. Als Termin schlagen wir, nach dem Vorbild von Hessen, Bayern und Sachsen, wie dort bereits eingeführt, den zweiten Sonntag im September vor.

Institutionelle Förderung des BdV erhöhen

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich für eine bessere institutionelle Förderung des Bundes der Vertriebenen in Baden-Württemberg ein.

Kinderrechte müssen Eltern und Familien stärken

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD sieht vor, die Kinderrechte im Grundgesetz ausdrücklich zu verankern. Die CDU Baden-Württemberg sieht darin eine Chance, Kindern und Familien bei politischen Entscheidungen Vorrang zu gewähren.

Durch eine Grundgesetzänderung darf jedoch das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern nicht ausgehöhlt werden. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird deshalb aufgefordert, die Ausgestaltung mit großer Sorgfalt und Augenmaß vorzunehmen.

Die CDU Baden-Württemberg lehnt Änderungen ab, die das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern nach Art. 6 Grundgesetz aushöhlen. Das ausgewogene Verhältnis zwischen Familien und staatlichem Wächteramt muss unangetastet bleiben.

Keine Einführung einer Widerspruchsregelung für die Organspende - Beibehaltung der momentanen Regelung

Die CDU Baden-Württemberg spricht sich gegen die Einführung einer Widerspruchsregelung bei Organspenden aus. Die CDU Baden-Württemberg fordert den Gesetzgeber auf, die bestehende Entscheidungslösung beizubehalten.

Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung

Die CDU Baden-Württemberg wird im nächsten Wahlprogramm die Wiedereinführung der verbindlichen Grundschulempfehlung als Forderung aufgreifen, um für jeden einzelnen Schüler eine möglichst objektive Zuweisung an eine für ihn passende weiterführende Schule zu erreichen.

Bekämpfung von mangelndem Wohnraum

Die CDU Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass für die Vermieter die Verfahren zur Kündigung und die Durchsetzung der Herausgabe von Wohnraum vereinfacht und schneller gemacht werden.

Angemessene Gewichtung zwischen Artenschutz und öffentlichem Interesse

Die Bundesregierung wird angehalten durch Gesetzesänderung die Verbotstatbestände der §§ 44 ff. BNatSchG auch für den Fall, dass Alternativen i.S.d. § 45 Abs.7 BNatSchG vorliegen, einer Abwägung mit dem öffentlichen Interesse zuzuführen.

Sollte Europäisches Recht einer diesbezüglichen bundesdeutschen Gesetzesänderung entgegenstehen, ist auf eine entsprechende Änderung der Gesetzeslage auf europäischer Ebene hinzuwirken.

Bodenseegürtelbahn

1. Das Land Baden-Württemberg soll so rasch wie möglich dafür Sorge tragen, dass alle Regionalbahnen auf der Bodenseegürtelbahn wieder mit barrierefreien, niederflurigen Fahrzeugen gefahren werden.
2. Das Land soll aufgefordert werden, als Aufgabenträger im SPNV nötigenfalls eigene Planungsmittel in die Hand zu nehmen, um die Barrierefreiheit an den zwischen Radolfzell und Kressbronn 11 ohne Barrierefreiheit verbliebenen Stationen (von insgesamt 20 Bahnhöfen auf dieser Strecke) fristgerecht bis zum Jahr 2023 voranzubringen.